

Übersichten

Außenpolitik

* (1)

China stimmt im UNO-Sicherheitsrat für die Waffenstillstands-Resolution

Am 4. April wurde im Sicherheitsrat über die Resolution Nr. 687 abgestimmt, die einen formellen Waffenstillstand in der Golfregion verlangte. Der chinesische Vertreter Li Daoyu stimmte dafür und gab anschließend eine Erklärung ab: China sei von Anfang an gegen eine militärische Invasion des Irak gewesen und habe sich stets für eine friedliche Lösung der Golfkrise ausgesprochen. Aus diesem Grund sei das Plädoyer für den Waffenstillstand nur konsequent. Folgende Prinzipien seien bei dem Waffenstillstand zu beachten: (1) UNO-Beobachter sollten entlang der kuwaitisch-irakischen Grenze stationiert und gleichzeitig sollten die ausländischen Streitkräfte aus der Golfregion abgezogen werden. (2) Hinsichtlich der Grenzfrage sollten die beteiligten Länder in Verhandlungen eintreten. China stelle sich vor allem hinter das Grenzabkommen zwischen Kuwait und Irak von 1963. (3) China befürworte die Vernichtung der biologischen und chemischen Waffen des Irak, wobei auf eine ausgeglichene und umfassende Abrüstung im gesamten Nahen Osten Rücksicht zu nehmen sei. Es solle in der Region eine Zone entstehen, die frei ist von Massenvernichtungswaffen. (4) Kuwait und andere Opfer seien berechtigt, vom Irak Entschädigung zu verlangen. Gleichzeitig müsse jedoch auch der Bedarf des irakischen Volks, die irakische Zahlungsfähigkeit und der Wiederaufbau des Iraks berücksichtigt werden. (5) China setze sich für die sofortige Beseitigung aller Restriktionen bei der Einfuhr von Nahrungsmitteln und anderer täglicher Bedarfsartikel ein sowie für eine schrittweise Beseitigung auch der anderen Wirtschaftssanktionen gegen

den Irak. (6) Sämtliche kuwaitischen Kriegsgefangenen und vom Irak verschleppten Zivilisten müßten sofort freigelassen werden (XNA, 5.4.91).

Was die chinesischen Waffenexporte in den Nahen Osten anbelangt, so will sich die Volksrepublik offensichtlich auch künftig keine Beschränkungen auferlegen. Qian Qichen erklärte bei einer entsprechenden Frage anlässlich seiner Pressekonferenz am Rande des Nationalen Volkskongresses am 27. März, daß es für den Export von konventionellen Waffen keine völkerrechtlichen Bestimmungen gebe. China hoffe, daß "einige große Waffenexportländer in der Welt" künftig verstärkt Zurückhaltung üben und sich hierbei ein Beispiel an China nähmen, das ja verantwortungsvolle Selbstbeschränkung betreibe (!). Die Waffenexporte aus China seien "sehr gering" (sic!). Dabei ist bekannt, daß die Chinesen zwischen 1984 und 1987 Waffen an die Dritte Welt in einer Gesamthöhe von 5,2 Mrd. US\$ verkauft haben - 80% davon an den Iran und den Irak (Newsweek, 4.7.88). Bereits zwischen 1981 und 1985 hatte China den Irak mit Waffen im Werte von rd. 3 Mrd. US\$ versorgt. Zur gleichen Zeit belieferte die Volksrepublik den Kriegsgegner Iran mit konventionellen Waffen sowie mit "Seidenraupen"-Mittelstreckenraketen (weitere Einzelheiten in C.a., Januar 1991, S.30).

Qian wies in der Pressekonferenz darauf hin, daß China sich an der Anfang 1991 in Tokyo abgehaltenen Konferenz über Raketenkontrolle, bei der 15 Staaten vertreten waren, nicht beteiligt habe. Aus diesem Grund seien die in Tokyo getroffenen Abmachungen für China auch nicht bindend. Soll das heißen, daß die chinesischen "Seidenraupen" auch in Zukunft weiter in alle Welt, vor allem in den Nahen Osten, exportiert werden? China habe, so Qian, stets eine "sehr sorgfältige und verantwortungsvolle Haltung gegenüber dem Waffenexport eingenom-

men" und es halte sich auch an das Verbot der Weitergabe von Kernwaffen sowie von biologischen Waffen. Z.Zt. liefen ferner Verhandlungen über das Verbot von Chemiewaffen. Im Klartext: China wird auch in Zukunft damit fortfahren, Raketen und konventionelle Waffen in das Spannungsgebiet des Nahen Ostens zu liefern! (BRu 1991, Nr.13, S.32) -we-

* (2)

Chinas Schwanken in der Kurdenfrage

Am 5. April 1988 erließ der UNO-Sicherheitsrat mit zehn Stimmen (gegen drei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen) die "Resolution Nr. 688", in der die Unterdrückung der irakischen Kurden durch das Regime Saddam Husseins verurteilt und gleichzeitig Maßnahmen zur Einrichtung einer Sicherheitszone für die Kurden auf nord-irakischem Gebiet beschlossen wurden.

Eingebracht worden war die Resolution von Frankreich. Die USA und Großbritannien hatten zunächst noch gezögert, sich der französischen Initiative anzuschließen, da sie der Meinung waren, daß zuerst ein formeller Waffenstillstand am Golf geschlossen und dann erst die Kurdenfrage behandelt werden sollte. Angesichts der brutalen Verfolgung und Bombardierung der Flüchtlingsstrecks durch irakische Artillerie und Luftwaffe und angesichts des in der westlichen Welt Empörung hervorrufenden Völkermords, der hier erschütternde Dimensionen anzunehmen begann, schlossen sich die beiden Mächte jedoch dem französischen Vorschlag an - mit der Folge, daß auch andere Mitglieder des Sicherheitsrats mitzogen und dadurch eine Mehrheit von zehn Befürwortern zustande kam.

Drei Sicherheitsratsmitglieder wandten sich gegen die Resolution, nämlich Kuba, Jemen und Zimbabwe, während sich zwei, nämlich China und Indien, der Stimme enthielten.

Der chinesische Botschafter Li Daoyu begründete diese Enthaltung folgendermaßen: China zeige sich über die Situation im Irak, über das Einströmen von Flüchtlingen in die Türkei und in den Iran sowie über das Flüchtlingschicksal im allgemeinen besorgt und

habe volles Verständnis für die Schwierigkeiten der Türkei und des Iran.

Andererseits aber sei hier auch die Frage der "inneren Angelegenheiten eines Landes" angesprochen, in die sich nach Art.7, Abs.2 der UNO-Charta niemand einmischen dürfe (XNA, 7.4.91).

Eine uralte Streitfrage wurde hier also erneut angeschnitten, was nämlich unter "inneren Angelegenheiten" eines Landes genau zu verstehen sei. Unter Völkerrechtlern gibt es mittlerweile eine "herrschende Lehre", derzufolge der Menschenrechtsschutz heute nicht mehr zu den ausschließlich "inneren Angelegenheiten" eines Staates gehöre, sondern daß es sich hier um eine internationale Angelegenheit handle.

Mit dieser Interpretation freilich will sich China, das erst im Zusammenhang mit der "Affäre 4.Juni 1989" schweren Vorwürfen ausgesetzt war, nicht einverstanden erklären. Die "inneren Angelegenheiten" sind der chinesischen Führung so heilig, daß die "herrschende Lehre" der internationalen Völkerrechtswissenschaft daran unter keinen Umständen rütteln kann und darf. Auf keinen Fall auch will China hier einen Präzedenzfall schaffen - und sei es auch unter den Sonderbedingungen Saddam Husseins und des Irak!

Um sich aber nicht erneut zu isolieren und völlig unglaublich zu machen, unternahm die Regierung dann doch noch zwei Schritte, die offensichtlich um der USA willen getan wurden: Zum einen nämlich stellte das Chinesische Rote Kreuz in zwei Flugzeugladungen "humanitäre Hilfe" im Werte von 1 Mio. Yuan zur Verfügung, wobei hauptsächlich Pharmazeutika, Lebensmittel, Zelte u.dgl. geliefert wurden. Ferner entschloß sich die Regierung, "auf Einladung des UNO-Generalsekretärs" 20 militärische Beobachter zu entsenden, die sich der "UN Iraq-Kuwait Observer Group" anschließen sollten (XNA, 19. und 21.4.91). -we-

* (3)

Allergien in der Menschenrechtsfrage

Immer dann, wenn die Rede auf "Tibet", auf den "4.Juni" oder aber auf das Thema "Menschenrechte" kommt,

scheint China zurückzuzucken und geht sofort in Verteidigungspositur. Hier handelt es sich um wunde Punkte, die von Politik und Wissenschaft mit einem immer dichterem Gespinnst von Verteidigungsargumenten eingewoben werden: Über Tibet beispielsweise erscheint fast jeden Tag irgendwo ein Rechtfertigungsartikel. Und auch die Menschenrechte sind ein Anlaß ständigen Ärgernisses, zumal die Chinesen sehr wohl wissen, daß das Thema "Menschenrechte" eines der Hauptmotive amerikanischer Außenpolitik ist. China wolle ja, heißt es immer wieder, "gerne über Menschenrechte diskutieren, sich aber nicht auf das Sonderthema sog. 'chinesischer Menschenrechte' einlassen".

Die Behauptung, daß Menschenrechte keine Staatsgrenzen kennen, sei nicht zutreffend: Man blicke doch auf die amerikanische Praxis, die in sich recht widersprüchlich und willkürlich sei. So habe sich Washington beispielsweise erst in jüngster Zeit geweigert, an den Internationalen Konventionen über die Beseitigung der Rassendiskriminierung, über das Verbot von grausamen Foltern und über die Diskriminierung von Frauen teilzunehmen. Als Begründung dafür sei angegeben worden, daß einige Klauseln dieser zur Diskussion stehenden Konventionen im Widerspruch zu den Gesetzen der USA stünden. Mit dieser Praxis hätten die USA ihr eigenes Postulat Lügen gestraft, daß die Menschenrechte ohne Ausnahme in jedem Land in gleicher Weise zu gelten hätten (so Außenminister Qian Qichen bei einer Pressekonferenz am 27.3.1991, BRu 1991, Nr.13, S.14).

Ein weiteres beliebtes Argument vonseiten Beijings geht dahin, daß das Augenmerk vor allem auf "massenhafte Menschenrechtsverletzungen" gerichtet werden solle, so wie es etwa in der UNO-Resolution Nr.32/130 von 1977 richtigerweise geschehen sei. Verursacht würden solche "Massenverletzungen" vor allem durch Rassendiskriminierung, Apartheid, Kolonialismus, ausländische Aggression, Besetzungsakte und durch die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts. Diesen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten müsse die gleiche Bedeutung beigemessen werden wie individuellen politischen Rechten. Eine massenhafte Menschenrechtsverletzung werde ferner durch die wach-

sende Kluft zwischen Nord und Süd verursacht, deren Ungerechtigkeiten wiederum auf die gegenwärtig geltende Internationale Wirtschaftsordnung zurückgehe.

Bei der bevorstehenden Menschenrechtskonferenz von 1993 sollen die Menschenrechtsfragen vor allem in diesem großen Zusammenhang behandelt werden (BRu 1991, Nr.13, S.12 f.).

In der bisherigen Praxis würden die Menschenrechts-Postulate zu sehr auf die politischen Rechte eingeschränkt und außerdem noch als Mittel des "kalten Kriegs" mißbraucht (gemeint ist wohl von seiten der USA gegen China!). -we-

* (4)

Normalisierung der chinesisch-israelischen Beziehungen?

Die Golfkrise hat den Chinesen erneut die Bedeutung Israels in der Region Nahost vor Augen geführt. Die VR China ist bisher der einzige der Ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats, der keine offiziellen Beziehungen zu Jerusalem unterhält; mehr noch: Beijing hat zwar diplomatische Beziehungen mit dem "Staat Palästina", nicht jedoch mit Israel: eine etwas merkwürdige Situation!

Offiziell stellte Außenminister Qian Qichen bei einer Pressekonferenz am Rande des Nationalen Volkskongresses am 27.März 1991 die Lage folgendermaßen dar: "China und Israel verkehren z.Zt. miteinander nur über ein Arbeitsbüro im jeweiligen Land, und zwar über die Vertretung der Israelischen Akademie der Wissenschaften in Beijing sowie über die Vertretung des Chinesischen Internationalen Reisebüros in Israel. Es gibt keinen politischen Kontakt zwischen China und Israel. Vor kurzem besuchte ein israelischer Beamte China privat. Von der Aufnahme diplomatischer Beziehungen kann jetzt keine Rede sein." (BRu 1991, Nr.13, S.13 f.)

Israel nimmt Erklärungen dieser Art gelassen hin: Es gebe viele Möglichkeiten der "Normalisierung", ohne daß es hierbei gleich zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen kommen müsse. Offizielle Kreise in Jerusalem deuten darauf hin, daß ein israelischer Diplo-

mat, nämlich Botschafter Ze'er Sufit, in der Zwischenzeit in Beijing residiere. Formal sei er zwar nur "Berater" der "Israelischen Akademischen Mission" dort, doch wüßten die Chinesen sehr genau, um wen es sich bei ihm in Wirklichkeit handle (Voice of Israel, Jerusalem, nach SWB, 4.4.91).

Außerdem ist es kein Geheimnis mehr, daß Israel, das ja einigen arabischen Staaten als Todfeind gilt, seit Jahren auf waffentechnischem Gebiet eng mit China zusammenarbeitet. Zwischen 1976 und 1988 z.B. hat Israel nach Angaben der *Washington Post* (29.5.88) moderne Waffen im Gesamtwert von rd. 4 Mrd. US\$ an die Volksrepublik geliefert. Israelische Militärberater wurden in China Ende der 70er Jahre immer häufiger gesehen (*Financial Times*, 22.4.88). Die 105-mm-Kanonen auf den chinesischen T-69-Panzern stammen aus israelischer Produktion. Außerdem hat Israel die VR China mit Raketenköpfen und mit panzerbrechender Munition beliefert (dazu auch C.a., Januar 1991, S.30). -we-

* (5)

Chinesische Beteiligung an der Löschung der kuwaitischen Ölfeuer

Am 23. März 1991 kam in Kuwait ein Team chinesischer Ölfeuer-Bekämpfungsspezialisten an, um sich ein Bild über die rd. 600 brennenden Ölquellen zu verschaffen und Gegenstrategien auszuarbeiten. Anschließend besichtigten sie 20 Tage lang die verschiedenen Brandstellen und legten dann Bekämpfungspläne vor. Wie es hieß, haben die Spezialisten im Laufe der vergangenen 40 Jahre eine Fülle von Erfahrungen beim Löschen von nicht weniger als 400 Ölquellen angesammelt (XNA, 16.4.91).

Die amerikanischen Spezialisten allein kommen mit den Löscharbeiten zu langsam voran. Aus diesem Grund hat die kuwaitische Regierung inzwischen Spezialisten aus Großbritannien, Frankreich, Deutschland und dem Iran - so wie jetzt auch aus China - angefordert. Vor Beginn der Sommerhitze sollen noch möglichst viele Feuer gelöscht werden, da sonst eine verheerende Luftverschmutzungskatastrophe eintreten könnte. -we-

* (6)

Verstößt China gegen das Verbot der Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen?

Seit 1964 ist die VR China einer von fünf Staaten im Besitz von Atomwaffen. 1984 ist sie ferner der in Wien ansässigen "International Atomic Energy Agency" (IAEA) als Mitglied im Rahmen der friedlichen Nutzung von Atomkraft beigetreten und hat sich dabei nicht nur der Kontrolle durch die IAEA unterworfen, sondern auch Verpflichtungen zur Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen unterschrieben.

Das Prinzip der Nichtweiterverbreitung wurde zuletzt von Ministerpräsident Li Peng nochmals deutlich betont, als der Generaldirektor der IAEA, Hans Blix, Anfang April 1991 zu einem viertägigen Arbeitsbesuch in die Volksrepublik kam. China wende sich nicht nur gegen jegliche Weiterlieferung von Atomwaffen durch Drittstaaten, sondern wolle sich auch selbst strikt an dieses Prinzip halten, betonte Li. China baue z.Zt. zwei Kernkraftwerke in Qinshan und in der Daya-Bucht und wolle Nuklearkraft in Zukunft lediglich als Ergänzung zu seinen Kohle- und Wasserkraftwerken ansehen (XNA, 2.4.91).

Aussagen dieser Art klingen in der Theorie gut. In der Praxis sind freilich in der Zwischenzeit Zweifel aufgekomen. So hat der amerikanische Geheimdienst CIA nach einem Bericht der *Financial Times* (26.4.91) herausgefunden, daß China den Staat Algerien beim Aufbau eines Atomreaktors unterstützt. Dieser könne möglicherweise spaltbares Material für den Bau von Kernwaffen produzieren. Der CIA hat angeblich festgestellt, daß der im Bau befindliche algerische Reaktor größer sei als er gemeinhin für die Atomforschung benötigt werde, und daß er außerdem keine Einrichtungen aufweise, die auf eine Gewinnung von Elektrizität schließen ließen. Ferner befinde sich in der Nähe des Reaktors eine Flugabwehrbatterie sowjetischer Bauart.

Die Enthüllung könnte u.a. den Plan Washingtons gefährden, China die Zollvorteile nach der Meistbegünstigungsklausel für den US-Handel zu gewähren. China hatte 1984 beim Bei-

tritt zur IAEA feierlich erklärt, all seine Atomtechnologieexporte der Kontrolle der Internationalen Atomenergiekommission zu unterwerfen.

Erwartungsgemäß hat sowohl China als auch Algerien sich gegen die CIA-Behauptungen gewandt: China unterstütze Algerien ausschließlich bei der Nutzung der Kernkraft für friedliche Zwecke (XNA, 15.4.91). -we-

* (7)

Der Tourismus erholt sich wieder

Nachdem das vorher so blühende Tourismusgeschäft im Gefolge der Niederschlagung des Studentenaufstands im Juni 1989 auf katastrophale Weise eingebrochen war (vor allem die teuren neuen Hotels standen nun fast monatelang leer), hat sich die Lage inzwischen wieder gebessert. Insgesamt besuchten i.J. 1990 27,46 Millionen ausländische Touristen die VR China - eine Steigerung von 12,1% gegenüber dem Vorjahr. Die Einnahmen aus dem Tourismus erreichten 1990 2,22 Mrd. US\$ - eine bedeutsame Steigerung, die nur gering unter den 2,25 Mrd. aus dem Rekordjahr 1988 lagen.

Daß die Zahlen so gut aussehen, ist vor allem der Tatsache zu verdanken, daß die Besucherzahlen aus Taiwan, Südkorea und der Sowjetunion sprungartig zugenommen haben. Aus Taiwan lag die Besucherzahl 1990 mit 940.000 um 75% höher als 1989!

Die Zahlen der Besucher aus den devisenträchtigen Ländern Westeuropas, den USA und Japan waren demgegenüber allerdings nicht zufriedenstellend. Sie betrugen im Vergleich zu 1988 lediglich 79,7 bzw. 77,5 bzw. 78,7%.

Die chinesischen Tourismusagenturen geben sich verstärkte Mühe, das Reisen in China noch attraktiver zu machen. In der Zwischenzeit hat das Chinesische Verwaltungsbüro für Reisen und Tourismus seine Angebote nach drei Kategorien festgelegt: (1) staatliche Routen: Reisen dieser Art gibt es z.Zt. 117, die durch verschiedene Provinzen führen und mit Abstand den besten Service und die besten Wohnbedingungen bieten. Daneben gibt es (2) Provinzrouten, die auf bestimmte Provinzen beschränkt sind und zumeist

einfachere Angebote bringen, und (3) Sonderrouen, die an bestimmten Themen (z.B. religiöse oder archäologische Reisen, Reisen für Sport, für die Ausbildung in der Kampfkunst (Wushu) etc.) orientiert sind.

Das Staatliche Touristikamt betont, daß es bei der Entwicklung der Touristik nicht allein darauf ankommt, "mehr Devisen einzunehmen", sondern daß darauf "Wert gelegt wird, daß mehr Menschen China besser kennen und verstehen lernen" (sic!) (BRu 1991, Nr.13, S.34). -we-

Innenpolitik

*(8)

4. Tagung des VII. Nationalen Volkskongresses und Jahrestagung des PKCV-Nationalkomitees

Der VII. Nationale Volkskongreß (NVK) trat vom 25. März bis zum 9. April 1991 zu seiner 4. Tagung zusammen. An der diesjährigen Plenartagung des chinesischen Mammutparlaments nahmen rund 2.700 Abgeordnete teil. Zu den wichtigsten Beschlüssen zählten:

- Ernennung von Zou Jiahua (64) zum stellvertretenden Ministerpräsidenten. Zou wird seinen Posten als Vorsitzender der zentralen Planungskommission behalten. Er gilt als fähiger Technokrat mit Präferenzen für eine relativ starke Rolle des Plans innerhalb des Mischsystems von Plan- und Marktwirtschaft. Mit seiner Beförderung zum stellvertretenden Ministerpräsidenten muß Zou als ein aussichtsreicher Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten gelten. Er scheint der Favorit des Planungsapparats und konservativ-orthodoxer Kräfte zu sein, wenn Ministerpräsident Li Peng (63) zurücktreten sollte.
- Ernennung von Zhu Rongji (62) zum stellvertretenden Ministerpräsidenten. Zhu gab gleichzeitig seine Posten in Shanghai als dortiger Parteisekretär und Bürgermeister auf. Er gilt als marktwirtschaftlich orientierter Reformier. Seine Position in der Frage politischer Reformen ist

bisher nicht eindeutig zu klären. Auf jeden Fall zählt er nicht zu jenen Hardlinern, die im Mai/Juni 1989 den Einsatz der VBA gegen die Demonstranten forderten und durchsetzten. Zhu hatte damals als Bürgermeister von Shanghai den Einsatz der VBA oder der Bewaffneten Volkspolizei sogar öffentlich ausdrücklich abgelehnt. Mit seiner Beförderung zum stellvertretenden Ministerpräsidenten muß Zhu als ein aussichtsreicher Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten eingeschätzt werden. Er gilt als Favorit von Deng Xiaoping und jener Gruppe von Reformkommunisten, die möglichst weitgehende marktwirtschaftliche Reformen befürworten, jedoch eine politische Liberalisierung strikt ablehnen. (Zur Biographie von von Zhu Rongji siehe den Beitrag von Liu Jen-kai in diesem Heft.)

- Ernennung von Außenminister Qian Qichen (63) zum Staatsratskommissar. Qian bleibt Außenminister.
- Wahl von Zhou Nan (63) zum Mitglied des Ständigen Ausschusses des VII. NVK. Zhou ist Direktor des Hongkonger Büros der offiziellen staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua und damit der inoffizielle Botschafter der VRCh in Hongkong. Zhou Nan ist somit nicht nur in Hongkong sondern auch innerhalb des Ständigen NVK-Ausschusses zum Nachfolger von Xu Jiatus aufgestiegen, der wegen seines selbstgewählten Exils in den USA mittlerweile aus allen Partei- und Regierungsfunktionen entlassen wurde.
- Verabschiedung des "Grundrisses des Zehnjahrplans und des 8. Fünfjahrplans für die volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung" (Text in RMRB, 16.5.91).
- Verabschiedung der neuen Zivilprozeßordnung der Volksrepublik China (Text in RMRB, 14.4.91). Diese neue, erheblich erweiterte Zivilprozeßordnung umfaßt 271 Artikel und ist damit wesentlich detaillierter als die bisherige, die lediglich 205 Artikel umfaßte und neun Jahre lang versuchsweise Gültigkeit hatte.
- Verabschiedung des "Gesetzes der VRCh über Unternehmen mit Auslandskapital und über die Besteue-

rung der Unternehmen mit Auslandskapital" (Text und Erläuterungen in RMRB, 15.4.91). Das Gesetz tritt am 1. Juli 1991 in Kraft und ersetzt die beiden bisherigen Steuergesetze für chinesisch-ausländische Gemeinschaftsunternehmen und für Unternehmen in ausschließlich ausländischem Besitz.

Fast gleichzeitig mit der diesjährigen Plenartagung des Nationalen Volkskongresses fand wie üblich die Plenartagung des Nationalen Komitees der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes (PKCV) statt (23.3.-4.4.91). Eine nennenswerte Entscheidung der 4. Tagung des VII. Nationalen Komitees der PKCV war die Wahl des Guangdonger Gouverneurs Ye Xuanping (67) zu einem der stellvertretenden Vorsitzenden des Nationalen Komitees der PKCV. Ye machte am Rande der Tagung deutlich, daß er gerne auch weiterhin Gouverneur von Guangdong bleiben möchte und daß er seine neue Position in der Zentrale als nicht sehr reizvoll empfindet. Ye zählte zu den schärfsten Kritikern des ursprünglichen Entwurfs des Zehnjahrplans und des 8. Fünfjahrplans für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung, der von der Zentralen Planungskommission ausgearbeitet worden war und eine weitgehende Rückkehr zur zentralen Planwirtschaft vorgesehen hatte. -sch-

*(9)

Hintergründe der Entlassung von Bauminister Lin Hanxiong

Die Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* veröffentlichte in ihrer Mai-Ausgabe einen Artikel über die Hintergründe der Entlassung von Bauminister Lin Hanxiong. Wie berichtet war Lin Hanxiong auf der 18. Sitzung des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses von seinem Amt entbunden worden (siehe C.a., März 1991, Ü 9). Über die Gründe für seine Entlassung war offiziell lediglich verlautet worden, daß Lin "gegen die [Partei-] Disziplin verstoßen" habe. Dem *Zhengming*-Artikel zufolge werden Lin Hanxiong folgende zwei Verhaltensweisen zur Last gelegt:

- 1) Lin soll eine große Zahl von Studenten und Kadern, die seinem Ministerium unterstanden und an den Demonstrationen im Frühjahr und